

Heiduk, Günter

Article — Digitized Version

Exportorientierung: Der falsche Weg?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Heiduk, Günter (1973) : Exportorientierung: Der falsche Weg?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 7, pp. 375-376

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134569>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

dierung kann auch dann vorgenommen werden, wenn der Konkurrenzdruck zu stark wird.

Unbefriedigende Systeme

Eine besondere Bedeutung bei der Präferenzgewährung hat die Europäische Gemeinschaft als größter Markt für die Exporte der Entwicklungsländer. Ab 1. 1. 1974 werden die Präferenzregelungen von Großbritannien, Irland und Dänemark an die Sechsergemeinschaft angeglichen. Obwohl die Systeme der drei neuen auch mit zahlreichen Ausnahmen und Kontingenten behaftet sind, sind sie weniger restriktiv als das EWG-System. Somit wird sich eine Angleichung des Präferenzschemas in der erweiterten EG nachteilig auf die Entwicklungsländer auswirken.

Dieses unbefriedigende Untersuchungsergebnis sollte für die Industrieländer, insbesondere für

die Europäische Gemeinschaft, Anlaß genug sein, ihr gegenwärtiges System zu verbessern. Eine Harmonisierung der Präferenzen in der erweiterten EWG sollte daher mit einer größeren Handelsliberalisierung zugunsten der Entwicklungsländer erfolgen, wenn der kritischen Einstellung der Entwicklungsländer gegenüber der erweiterten EG entgegengewirkt werden soll. Mit diesem Problem werden sich die Mitgliedstaaten der EG bei der bevorstehenden GATT-Runde konfrontiert sehen. Die Tatsache, daß die Entwicklungsländer zum ersten Mal an den Verhandlungen teilnehmen können, ohne GATT-Mitglieder sein zu müssen, deutet auf eine Verstärkung der Position der Entwicklungsländer in diesem Gremium hin. Die Industrieländer werden es nun schwer haben, die kritische Haltung der Entwicklungsländer hinsichtlich der Handelspolitik der Industriestaaten zu umgehen.

Exportorientierung: Der falsche Weg?

Günter Heiduk, Aachen



In seinem Beitrag „Exportüberschüsse – ein heilige Kuh?“ im Aprilheft des WIRTSCHAFTSDIENST beurteilte R. J. Harring die deutschen Exportüberschüsse als eine überwiegend negative Erscheinung, und zwar nicht nur ökonomisch, sondern auch gesellschaftlich. Deshalb forderte er einen „nachhaltigen Abbau des deutschen Exportüberschusses“. Zu dieser These werden von G. Heiduk eine Reihe von Einwendungen vorgebracht.

Als Steuerungsinstrument der Handelsströme und damit als Ausgleichsfaktor für Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz sieht R. J. Harring den Wechselkurs. Wenn überhaupt über den Wechselkurs ein tendenzieller Ausgleich der Leistungsbilanz erreicht werden kann, dann sicherlich nur in einem System flexibler Paritäten. Ein solches System steht gegenwärtig jedoch nicht zur Diskussion. Unter den herrschenden währungspolitischen Rahmenbedingungen sind lediglich abrupte Wechselkursänderungen möglich, die aus verschiedenen Gründen in der Regel mit einem „time-lag“ durchgeführt werden.

Selbst wenn man zugesteht, daß aus politischen Gründen an falschen Paritäten festgehalten wird, so lassen sich doch auch ökonomische finden. Überspitzt formuliert müßte bei jedem noch so geringen Überschuß oder Defizit in der Handelsbilanz der Wechselkurs entsprechend geändert werden. Erstens würde dies flexiblen Wechselkursen nahekommen, zweitens würde die An-

passung, vor allem weil es sich um eine administrative Maßnahme handelt, mit zeitlicher Verzögerung folgen, drittens – und dies dürfte der gewichtigste Einwand sein – wird die Frage nach Ursache und Wirkungen der Ungleichgewichte nicht berücksichtigt. Über den Wechselkurs werden lediglich Preise beeinflusst, d. h. Nicht-Preiskriterien entziehen sich primär der staatlichen Steuerung. Gerade bei den deutschen Exportprodukten scheinen Qualität, Art des Erzeugnisses usw. eine kaufentscheidendere Rolle zu spielen als der Preis.

Darüber hinaus erscheint es fraglich, ob jedes Handelsbilanzungleichgewicht unerwünscht ist. Man

Dr. Günter Heiduk, 30, ist wissenschaftlicher Assistent am Institut für Wirtschaftswissenschaften der RWTH Aachen. Seine Hauptgebiete sind Außenhandel, Währung, Entwicklungsländer und Integrationsprobleme.

kann auch heute noch davon ausgehen, daß erstens konjunkturelle Schwankungen nicht völlig ausgeschaltet werden können und zweitens nicht alle Länder im Konjunkturgleichschritt marschieren. Unter diesen Gesichtspunkten würden bei festen Wechselkursen über das zeitweilige Entstehen von Zahlungsbilanzungleichgewichten gegenläufige konjunkturelle Entwicklungen tendenziell ausgeglichen.

Nun wendet sich R. J. Harring in erster Linie gegen einen chronisch hohen Exportüberschuß, und zwar wegen der Abhängigkeit von der ausländischen Konjunktur- und Preisentwicklung und wegen der strukturellen Unterversorgung des Inlandes. Die Exportausrichtung einer Volkswirtschaft ist, solange Marktwirtschaft herrscht, die Folge von Wettbewerbsvorteilen gegenüber ausländischen Anbietern. Diese könnten entweder durch Aufwertungen oder durch nichtmarktwirtschaftliche Maßnahmen, z. B. Exportkontingentierung, beseitigt werden. Erstere versprechen, und dies zeigt die deutsche Praxis, wenig Erfolg, letztere stehen in der BRD überhaupt nicht zur Diskussion.

Von einer inländischen Unterversorgung könnte nur bei Exportüberschüssen gesprochen werden; wie hoch die Exportquote ist, spielt keine Rolle. Soll die Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft zugunsten eines höheren inländischen Güterangebots abgebaut werden, so würde dies nicht nur eine Umlenkung des Angebots, sondern auch eine Umstrukturierung erfordern. Ob z. B. der gesamte deutsche Automobilexport auf dem Inlandsmarkt abgesetzt werden kann, ist zweifelhaft, zumindest wenn von Importschranken für ausländische Automobile abgesehen wird. Der Abzug von Produktionsfaktoren aus diesem Sektor wäre sicherlich mit volkswirtschaftlichen Kosten verbunden. Außerdem müßte bei geringeren Kapazitäten in der Automobilbranche mit höheren Stückkosten und damit mit höheren Preisen gerechnet werden. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß das Angebot an Auslandsreisen auch eine Art „Gut“ darstellt, wobei dieses Angebot um so günstiger ist, je größer die dafür verfügbare Devisenmenge ist, was aber wiederum Exportüberschüsse impliziert.

Sollten, wie R. J. Harring fordert, bei der Güterproduktion die Umweltprobleme beachtet werden, so hat dies wohl kaum etwas mit den Exportüberschüssen zu tun, schon gar nicht, wenn gleichzeitig die Unterversorgung des Inlandes mit Gütern beklagt wird. Was die Verbindung zwischen Exportüberschuß und Überweisungen der Gastarbeiter betrifft, so wird stillschweigend unterstellt, daß der Arbeitskräftebedarf für die Unternehmen ein Datum ist. Solange die Auftragsentwicklung eine steigende Beschäftigung des Faktors Arbeit erfordert, wird die Arbeitskräftenachfrage zunehmen, bei Rückgang der Aufträge wird die Beschäftigung abnehmen.

Handelt es sich um Gastarbeiter, werden deren Überweisungen an das Ausland mit dem ausländischen Auftragseingang schwanken. Die Funktion der Abhängigkeit der Überweisungen von der ausländischen Auftragsentwicklung als umkehrbar zu bezeichnen, erscheint in Anbetracht unseres freien Arbeitsmarktes, der damit ein Spiegelbild der Konjunktur ist, reichlich kühn.

Bei einem Blick über die Grenzen fällt auf, daß eine mit der BRD vergleichbare Orientierung der Wirtschaft nach außen keine Seltenheit ist. Allen Ländern mit hoher Auslandsorientierung ist die relativ geringe Landesfläche gemeinsam. Je geringer aber die Fläche, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß eine Reihe von Produkten, in der BRD z. B. vor allem Rohstoffe, importiert werden müssen. Daraus ergibt sich wiederum die Notwendigkeit zu Exporten.

Die Exportausrichtung der deutschen Wirtschaft im allgemeinen und die Exportüberschüsse im besonderen sind Ausdruck einer bestimmten Datenkonstellation, deren Beeinflussung nur in begrenztem Maße durch inländische staatliche Maßnahmen möglich ist. Die jüngst von der Bundesregierung beschlossene Erleichterung der Importe aus den Ostblockstaaten, das Bemühen um weitere Zollsenkungen in der EG und die Verschärfung bei der Gewährung von staatlicher Exportunterstützung zeugen von einem relativ geringen Handlungsspielraum.

BIBLIOGRAPHIE DER WIRTSCHAFTSPRESSE

Herausgeber: HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg
Quellennachweis mit Legende zu Aufsätzen aus ausländischen
Fachzeitschriften (monatlich rd. 350 Titel)

Jahresbezugspreis DM 180,-

VERLAG WELTARCHIV GMBH · 2 HAMBURG 36 · NEUER JUNGFERNSTIEG 21
